

# Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift:  
Tageblatt Riesa  
Jahrgang 1938  
Postfach Nr. 22

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großschönau befähigte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Bauamtes Riesa

Verlagsort:  
Dresden 1530  
Verleger:  
Riesa Nr. 22

Nr. 15

Mittwoch, 19. Januar 1938, abends

91. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gefaltete 4 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 2 Rpf., die 10 mm breite, 3 gepaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundchrift: Petit 8 mm hoch). Ziffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Entsendung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigenzüge oder Probeabzüge schließt der Verlag die Finanzspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachschub hinfällig. Erfüllungsort für Bestellung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

## Von der Hand in den Mund

Frankreichs Reichum und Finanznot

Zu den neuen Schwierigkeiten in Frankreich hat nicht zuletzt die Gestaltung der Staatsfinanzen beigetragen. Die Entwicklung des französischen Staatshaushalts hat über das rein finanzielle hinaus eine eminent praktische politische Bedeutung. Das ist auf den ersten Blick überraschend. Und zwar deshalb, weil Frankreich auf der einen Seite ein reiches Land ist und auf der anderen Seite keine so weichen mit Steuern besonders belastet ist. Obwohl also an sich genügend Finanzquellen vorhanden sind und die Steuerlast gewiss nicht überdreht ist, gerät das französische Finanzwesen immer wieder aufs neue in Unordnung.

Die Erklärung für diese Finanzkatastrophe liegt in dem französischen Steuerwesen, oder, richtiger gesagt, in der Einstellung des französischen Bürgers gegenüber dem öffentlichen Finanzwesen. Wie so vieles andere in Frankreich, geht auch dies letztlich auf die französische Revolution zurück. Die drückenden Steuerlasten, die das „ancien regime“ den nichtprivilegierten Klassen des französischen Volkes auferlegt hatte, waren einer der wichtigsten Gründe für den Ausbruch der Revolution. Seitdem aber die temperamentsvolle Nation ihren Ministern die Rufe vor die Nase gelegt hatte, ist man in Frankreich mit der Einführung neuer Steuern — durchaus verhandelt — äußerst zurückhaltend. Man empfindet eine tiefe Scheu davor, seine Mäheheit, den Steuerzahler, irgendwie direkt anzusprechen. Große neue Steuererhebungen, wie die Besteuerung nach der Anzahl der Fenster, haben die französischen Finanzminister erfunden, um unpopuläre Steuern erheben zu können und nur so nicht sich direkt an den Steuerzahler wenden zu müssen. Die im ordentlichen Haushalt verzeichneten Einnahmen deckten immer nur einen Teil des Ausgabenbedarfes. Die darüber hinausgehenden Ausgaben sind in Frankreich seit über 100 Jahren stets in außerordentlichem Haushalt durch Anleihen aufgebracht worden. Der französische Staat mußte also seit dieser Zeit laufend Schulden machen.

Nach dem Weltkrieg hat es in Frankreich eine Wirtschaftskrise, die den Wohlstand wirklich vermehrte, nicht mehr gegeben. Trotz der enormen Schuldenlast aus dem Weltkrieg wichen die Franzosen aber auch jetzt nicht von dem alten Weg ab und man dachte nicht an Schuldenabbau. Das war dem Franzosen auch psychologisch nicht möglich. „Le bonhe panera tout“ (Der Vorrat des Geldes) lautete die Parole. Diese Haltung vermehrte die französische Währungsnot in einer langsamen Inflation immer weiter ab, die unauflösbare Lastung jeder zu großen Verschuldung. Der Franc wurde auf etwa ein Fünftel seines Wertes reduziert. Als die Dinge kritisch wurden, raffte sich, wie das immer wieder in Frankreich in entscheidender Stunde zu geschehen pflegt, die Nation auf, und Poincaré rettete die französische Währung und den französischen Staat.

Raum aber war Poincaré geblieben, da hatten die Franzosen auch bereits wieder die Lehren verneinend und geben die Schuldentilgung von neuem auf. Die öffentliche Verschuldung wuchs wieder. Und nun hing es einfach davon ab, wann die Verschuldung zu groß oder das öffentliche Vertrauen erschüttert wurde, um neue Gesetze für die Währungsherbeiführung. Sobald eines dieser Momente eintrat, mußte die Finanzverwaltung auf dem Anleihebeweg ins Stocken geraten und damit das öffentliche Finanzwesen in eine akute Krise kommen. Dem unter kommunistischen Einfluß stehenden Volksfrontkabinett Léon Blums gelang es sehr schnell, eine solche Vertrauenskrise herbeizuführen.

Jetzt ist die französische Schuldenlast auf 500 Milliarden Franc gestiegen. Solange es Frankreich nicht gelingt, sein altes Finanzsystem, das einen großen Teil der Staatsausgaben Jahr für Jahr durch Anleihen zu decken sucht, zu überwinden, wird es vor immer neuen Finanzschwierigkeiten stehen, aus denen nur zu leicht ernsthafte Gefahren für den Staat erwachsen können.

## Gespannte Lage in Bordeaux

Streikdrohung der städtischen Angestellten-Gewerkschaft

Der Stadtrat blieb fest

Paris. Die Gewerkschaft der städtischen Angestellten von Bordeaux hat am Dienstagabend grundsätzlich dem Streik beschlossen. Zu gleicher Zeit waren jedoch vor dem Stadtrat Verhandlungen über die Befriedigung der gestellten Lohnforderungen im Gange. Der Bürgermeister von Bordeaux hat nunmehr angeordnet, die Haltung der Gewerkschaften jede weitere Verhandlung abgelehnt und darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die steigenden Preise seit dem 1. Juli zugunsten der städtischen Angestellten Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 20 v. H. bewilligt worden seien. Der Stadtrat lehnte es einstimmig ab, unter der Streikdrohung der städtischen Angestellten zu verhandeln. Sollte diese Drohung nicht zurückgenommen werden, so würde sich der Stadtrat erst am 1. Februar mit den Gehaltsforderungen befassen und alle Vorbedingungen treffen, um im Falle eines Ausstandes den Betrieb der städtischen Dienste sicherzustellen.

## Das rumänische Parlament aufgelöst

Neuwahlen Anfang März

Bukarest. Das im Dezember v. J. gewählte rumänische Parlament ist am Dienstag durch königliches Dekret aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden für die Kammer am 2. März und für den Senat am 4. März statt. Das neue Parlament wird am 10. März zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen.

## Die Uelache der „Hindenburg“-Katastrophe

Wahrscheinlich eine Verkettung unglücklicher Umstände  
Schlußbericht der „Hindenburg“-Untersuchungskommission

Berlin. Das Reichsluftfahrtministerium teilt mit: Der von dem Reichsminister der Luftfahrt Generaloberst Göring eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung des „Hindenburg“-Unglücks hat nach seiner Rückkehr aus U.S.A. die Möglichkeiten, die zur Entstehung des Luftschiffbrandes geführt haben können, eingehend geprüft und hierzu eine Reihe von Versuchen in den Laboratorien der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt Berlin-Adlershof der drahtlos-telegraphischen und luftelektrischen Versuchsanstalt „Gräfeling“ und des Luftschiffbau-Zeppelin-Friedrichshafen durchgeführt. Das Ergebnis der Untersuchungen wurde in einem ausführlichen Bericht zusammengefaßt, der in dem soeben erschienenen Jahrbuch der Zeitschrift „Deutsche Luftmacht“, Ausgabe „Luftwissen“, veröffentlicht ist.

Die dem Reichsluftfahrtministerium, der Deutschen Zeppelinreederei und dem Luftschiffbau Zeppelin zugegangenen Aufschreibungen wurden der Kommission zur Beantwortung angeleitet, von ihr bearbeitet und bei der Abfassung des vorliegenden Berichtes berücksichtigt, soweit sie präzisere Anhaltspunkte enthielten. Alle Aufschreibungen gelten mit dieser Veröffentlichung als beantwortet.

Angesichts der Tatsache, daß im deutschen Zeppelin-Luftschiffverkehr in einem jahrzehntelangen Fahrbetrieb bei Benutzung des Wasserstoffes als Traggas Unfälle nicht aufgetreten sind und auf Grund aller Neuentdeckungen und Untersuchungen hat der Ausschuss die Überzeugung gewonnen, daß seitens sämtlicher Stellen, die für die reibungslose Durchführung des Luftschiffverkehrs verantwortlich waren, alles getan war, um ein Unglück zu verhindern. Die Landung des Luftschiffes in Lakehurst wurde nach Ansicht aller Sachleute völlig ordnungsgemäß durchgeführt, ebenso war das Verhalten der gesamten Besatzung vor und während der Katastrophe vorbildlich. Auch deutet nichts darauf hin, daß das Schiff vor der Landung zur Landung sich etwa nicht in einem technisch einwandfreien Zustand befunden hat.

Zur Klärung des Unfalls wurden grundsätzlich nach zwei Richtungen Untersuchungen angeleitet: Ob das Schiff einen verbrecherischen Anschlag erlitten ist oder ob eine Reihe von physikalischen und sonstigen Umständen derart zusammenkam, daß ein Brand erfolgen konnte. Beides liegt im Bereich der Möglichkeit. Als Ursache für eine abschließliche Verhinderung sind entweder Vorrichtungen denkbar, die innerhalb des Schiffes angebracht wurden, oder Einrichtungen, die von außen auf das Schiff ausgeübt wurden. Die Anbringung von Vorrichtungen, die mit Hilfe von Zeitzündern oder anderen Auslösungen eine Explosion veranlassen konnten, hätte vor oder während der Fahrt erfolgen müssen. Es ist nachgewiesen, daß die Veranlassung des Schiffes und aller mit dem Schiff in Verbindung kommenden Personen vor und während der Fahrt äußerst streng und sorgfältig durchgeführt wurde, so daß sowohl die Einführung als auch die Anbringung derartiger Fremdkörper im Schiff nahezu unmöglich war. Zudem wäre es schwierig gewesen, angesichts der unbestimmten Fahrzeiten und Fahrbauer des Luftschiffes den Zeitpunkt der Zündung richtig zu wählen.

Für die Einwirkung von außen auf das Luftschiff kommt ein Schuß mit einem Brandgeschloß in Frage. Angesichts der zahlreichen anwesenden Menschen und der amerikanischen Abperrung des Geländes erscheinen nur Schiffe, die aus einem geräuschlosen Gewehr inmitten einer Gruppe Eingeweihter aus nächster Entfernung abgefeuert wurden,

oder Schiffe aus einer weittragenden Waffe möglich. Unter allen Umständen wäre die Gefahr der Entdeckung bei der anwesenden Menschenmenge sehr groß gewesen. Gegen die Entzündung durch ein Brandgeschloß spricht ferner die Tatsache, daß im Verlaufe des Brandes eine heftige Explosion erfolgte. Wie die Erfahrungen mit Festballonen während des Weltkrieges gezeigt haben, verbrennen durch ein Brandgeschloß entzündete Ballons jedoch im allgemeinen ohne eine Explosion, da sich größere Mengen von Anlagas nicht bilden können. Beweise für die Ausführung eines Gewalttates konnten trotz gründlicher Nachforschungen nicht erbracht werden, obgleich allen Hinweisen in dieser Richtung besonders sorgfältig nachgegangen wurde. Die Möglichkeit einer gewalttätigen Verhinderung des Luftschiffes muß aber, da eine andere Entstehungsursache wenig bewiesen werden kann, zugegeben werden.

Der Untersuchungsausschuss glaubt, daß vielleicht eher eine Reihe unglücklicher Umstände die Zündung verursacht haben kann. Es müssen aber immer wieder, wenn man diese Möglichkeit unterstellt, 2 Hauptvorbedingungen zusammengekommen sein, nämlich 1. das Vorhandensein einer brennbaren Mischung von Wasserstoff und Luft und 2. das Auftreten einer Zündung zur Entzündung des Gemisches.

Nach eingehenden technischen Darlegungen kommt der Bericht zu dem Schluß, daß — sofern nicht eine der erwähnten verbrecherischen Anschlagsmöglichkeiten in Frage kommt — als Ursache des Brandes nur das Zusammenreffen einer Reihe unglücklicher Umstände als ein Fall höherer Gewalt angenommen werden kann.

Auf Grund der durchgeführten Versuche und Ermittlungen erscheint in diesem Fall folgende Erklärung des Unglücks als die wahrscheinlichste: Während der Anfahrt zur Landung entstand in einer der hinteren Jellen des Schiffes vielleicht durch Reiben eines Spanndrahtes ein Defekt, durch das Wasserstoffgas in den Raum zwischen Jelle und Hülle einströmte. Hierdurch bildete sich im oberen hinteren Teil des Schiffes ein brennbares Wasserstoff-Luft-Gemisch. Für die Entzündung dieses Gemisches sind zwei Fälle denkbar. Entweder: Infolge elektrischer atmosphärischer Entladungen war zur Zeit der Landung des Luftschiffes das Potentialgefälle in der Nähe des Bodens so hoch, daß es nach Erdung des ganzen Schiffes an der Stelle seiner höchsten Erhöhung, nämlich am Defekt, zu Wühlentladungen und damit zur Zündung geführt hat.

Oder: Nach Abwerfen der Landetaue wurde die Oberfläche der Außenhülle des Luftschiffes wegen der geringeren elektrischen Leitfähigkeit des Außenhüllstoffes weniger gut geerdet als das Gerippe des Luftschiffes. Bei solchen Verschiebungen des atmosphärischen Feldes, wie sie bei einem Nachgewitter die Regel und auch im vorliegenden Fall anzunehmen sind, entstanden dann Potentialdifferenzen zwischen Stellen der Außenhülle der Hülle und dem Gerippe. Daß diese Stellen hinreichend feucht waren, was gerade in der Gegend der Jellen am Defekt infolge der vorangegangenen Durchfahrt durch ein Regengebiet wahrscheinlich war, konnten diese Potentialdifferenzen einen Spannungsausgleich durch einen Funken herbeiführen, der möglicherweise die Zündung eines über den Jellen am Defekt vorhandenen Wasserstoff-Luft-Gemisches verursachte.

Von den beiden genannten Erklärungen erscheint dem Untersuchungsausschuss die letztbezeichnete als die wahrscheinlichere.

## Das neue französische Kabinett Chautemps gebildet

Paris. Die Kabinettskrise ist beendet. Chautemps hat seine neue Regierung gebildet. 22.35 Uhr MEZ. begab er sich, begleitet von seinen Mitarbeitern, ins Elysée, wo er dem Präsidenten der Republik seine neuen Minister und die Unterstaatssekretäre vorstellen wird.

Die halbamtlich veröffentlichte Ministerliste lautet:

Ministerpräsident: Chautemps,

Stellv. Ministerpräsident, Landesverteidigung und Krieg:

Daladier,

Staatsminister, beauftragt mit der Zusammenfassung der wirtschaftlichen und finanziellen Aktion der Regierung: Bonnet,

Staatsminister, beauftragt mit der Dienststelle der Ministerpräsidentenschaft: Frossard,

Kriegsmarine: William Bertrand,

Luftfahrt: Guy la Chambre,

Inneres: Sarraut,

Justiz: Campinchi,

Finanzen: Marchandean,

Rechtswesen: Delbos,

Handel: Pierre Cot,

Pensionen: Basse,

Landwirtschaft: Chapal,

Erziehung: Jean Jan,

Post und Telegraphie: Gentin,

Arbeit: Ramadier,

Kolonien: Senator Steeg,

Öffentliche Gesundheit: Aucart,

Öffentliche Arbeiten: Duceille,

Handelsmarine: Edel.

Paris. Von den Ministern der neugebildeten Regierung gehören die Senatoren Chautemps, Sarraut, Chapal, Steeg und Duceille sowie die Abgeordneten Daladier,

Bonnet, Bertrand, Guy la Chambre, Campinchi, Marchandean, Delbos, Cot, Vassalle, Jean Jan, Gentin, Aucart und Edel der radikalsozialen Partei an, während die Abgeordneten Frossard und Ramadier der republikanisch-sozialen Vereinigung angehören.

## Chautemps über die Ziele des neuen Kabinetts

Reformen im Ministerpräsidium — Kontrolle der Ausländer

für Landesverteidigung — Kontrolle der Ausländer

Bevor sich das neue Kabinett ins Elysée zum Präsidenten der Republik begab, machte Ministerpräsident Chautemps vor der Presse kurze Ausführungen, in denen er seiner Freude Ausdruck gab, eine so lange und heftige Krise durch die Kabinettsbildung beendet zu haben. Die neue Regierung werde sich bemühen, den Hoffnungen des Landes zu entsprechen, das von ihr Reformen wie soziale Gerechtigkeit, inneren Frieden und Sicherheit erwarte. Schwere Aufgaben warteten der Regierung. Sie werde sie mit dem doppelten Ziel anpacken: Die Wünsche der Wählerschaft zu erfüllen und sie zu versöhnen mit den Notwendigkeiten des nationalen Wohles. In allen Fällen würden die Minister ihr ganzes Selbst für ihre hohen Pflichten einsetzen.

Man wird das besondere Interesse bemerkt haben, sagte Chautemps weiter, das ich darauf verwandt habe, um die Dienststellen des Ministerpräsidiums besser zu organisieren, die wirtschaftliche und finanzielle Schlagkraft der Regierung aufzusuchen und eine strenge Kontrolle der Ausländer auszuüben. Ich bin entschlossen, mit meinem Freund Daladier eine Neuordnung der Geschäftsbereiche der Ministerien für die Landesverteidigung durchzuführen.

Um diese Reform zu erleichtern, haben mir meine Kollegen Campinchi und Pierre Cot ihre Ämter zur Ver-